

Art. 2 und 3 – Art. 2 et 3

Anträge siehe Seite 284 hiavor

Propositions voir page 284 ci-devant

Keller, Berichterstatter: Es geht nun um die Platzierung dieses neuen Artikels. Die Volksinitiative sieht einen neuen Absatz 4 in Artikel 27bis vor.

Bundesrat und Kommission schlagen Ihnen im Gegenvorschlag vor, Artikel 27 Absatz 2 zu ergänzen. Dieser Absatz 2 lautet bis jetzt: «Die Kantone sorgen für genügenden Primarunterricht, welcher ausschliesslich unter staatlicher Leitung stehen soll. Derselbe ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich.» Hier fügt sich dann der Satz organisch an: «... Das Schuljahr beginnt zwischen Mitte August und Mitte September.» Es ist, wie gesagt, keine Prinzipienfrage.

Im weiteren noch eine Bemerkung zu den Übergangsbestimmungen. Es muss irgendwo verankert werden, wann die Anpassung an die neue Verfassungsbestimmung verwirklicht zu sein hat. Dazu bietet sich an: Artikel 4 Absatz 2, ein neuer Absatz der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung. Der bestehende (erste) Absatz lautet: «Den Kantonen wird zur Einführung der Unentgeltlichkeit des öffentlichen Primarunterrichtes (Art. 27) eine Frist von fünf Jahren eingeräumt.» Der neu beizufügende Absatz lautete: «Zur Einführung des Schuljahresbeginnes nach Artikel 27 Absatz 2 wird ihnen eine Frist von fünf Jahren eingeräumt. Verfügungen nach Artikel 27 Absatz 4 trifft der Bundesrat durch Verordnung. Er benachrichtigt die Bundesversammlung darüber.»

Zum Inhaltlichen: Die Frist von fünf Jahren erscheint uns angemessen. Sie ermöglicht den Kantonen ohne Übereilung eine Anpassung, beispielsweise betreffend Ferienregelung. Was die Verfügungen nach Artikel 27 anbelangt, muss gesagt werden, dass der Bund allenfalls die Möglichkeit hat, gegen säumige Kantone – was ja sicher nicht der Fall sein wird – Massnahmen zu treffen.

Le président: La commission et le Conseil fédéral vous proposent un contre-projet. La minorité de la commission, emmenée par M. Schnyder, vous propose de rejeter l'initiative sans contre-projet.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	123 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	31 Stimmen

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes	122 Stimmen
Dagegen	29 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

78.231

Parlamentarische Initiative. Schulkoordination (Merz)

Initiative parlementaire. Coordination scolaire (Merz)

Le président: La commission et le Conseil fédéral vous proposent de ne pas donner suite à l'initiative et de la classer. Il n'est pas fait d'autre proposition.

Abgeschrieben – Classé

78.206

Initiative des Kantons Zug. Einheitlicher Schulbeginn

Initiative du canton de Zoug.

Début uniforme de l'année scolaire

79.203

Initiative des Kantons Schwyz. Einheitlicher Schulbeginn

Initiative du canton de Schwyz.

Début uniforme de l'année scolaire

81.201

Initiative des Kantons Luzern. Einheitlicher Schulbeginn

Initiative du canton de Lucerne.

Début uniforme de l'année scolaire

Le président: La commission vous propose également de ne pas donner suite à ces initiatives et de les classer. Il n'est pas fait d'autre proposition.

Abgeschrieben – Classé

84.312

Dringliche Interpellation Columberg**Lawinerverbauungen.****Zusätzliche Bundesbeiträge****Interpellation urgente Columberg****Ouvrages paravalanches.****Subsides fédéraux supplémentaires****Wortlaut der Interpellation vom 5. März 1984**

Die schweren Schneefälle und die aussergewöhnlichen Lawinenniedergänge vom Februar 1984 haben in verschiedenen Berggebieten enorme Schäden angerichtet. Durch die Zerstörung von Schutzwäldern und von Verbauungen sind Siedlungen und Verkehrswege gefährdet. Aufgrund dieser tragischen Ereignisse frage ich den Bundesrat an, ob er bereit ist:

1. dem Parlament die Bewilligung der für die dringenden Wiederherstellungsmassnahmen unerlässlichen Sonderkredite zu beantragen;
2. die ordentlichen Kredite für Lawinerverbauungen von der linearen Kürzung für 1981 bis 1985 auszunehmen (aufgrund der Härteklause) und angemessen zu erhöhen;
3. dem Parlament eine Änderung der Forstgesetzgebung in dem Sinne zu beantragen, dass die Ausführung der unerlässlichen Verbauungsmassnahmen wieder möglich und die Restkosten für die Gemeinden wieder trag- und zumutbar werden (Erhöhung der Beitragsätze auf den Stand von 1977);
4. Mittel aus dem Reinertrag des Treibstoffzolles für die Finanzierung von Schutzbauten an Verkehrswegen vorzeitig freizugeben (Art. 36ter, Bst. d BV);
5. dafür zu sorgen, dass die Verbauungsprojekte zur Sicherung der lawinengefährdeten Wohngebiete und Verkehrswege durch die Bundesstellen beförderlichst behandelt und unterstützt werden.

Texte de l'interpellation du 5 mars 1984

Les fortes chutes de neige et les avalanches d'une ampleur exceptionnelle que nous avons connues en février 1984 ont provoqué des dommages énormes dans diverses régions de montagne. Du fait de la destruction de forêts protectrices et de paravalanches, des régions habitées et des voies de communication sont menacées. Au vu de ces événements tragiques, je demande au Conseil fédéral s'il est disposé:

1. A proposer au Parlement d'ouvrir un crédit extraordinaire indispensable aux travaux urgents de remise en état;
2. A ne pas soumettre (en vertu de la clause prévue pour les cas de rigueur excessive) les crédits ordinaires destinés aux paravalanches à la réduction linéaire pour 1984 à 1987, voire à les augmenter dans une mesure appropriée;
3. A proposer au Parlement de modifier la législation sur les forêts, de manière à ce que l'exécution des mesures indispensables de protection contre les avalanches soit de nou-

veau possible et à ce que les frais restant à charge des communes soient de nouveau supportables et raisonnables (relever les taux des subventions à leur niveau de 1977);

4. A libérer plus tôt que prévu des fonds prélevés sur le produit net des droits d'entrée sur les carburants et destinés aux ouvrages de protection le long des voies de communication (art. 36^{ter}, let. d, cst);

5. A veiller à ce que les services de la Confédération traitent et soutiennent dans les meilleurs délais les projets d'ouvrages destinés à protéger les régions habitées et les voies de communication qui sont menacées par les avalanches.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aliesch, Blunschy, Bühler-Tschappina, Bundi, Bürer-Walenstadt, Butty, Cantieni, de Chastonay, Cotti Flavio, Cotti Gianfranco, Darbellay, Dirren, Fischer-Sursee, Humbel, Iten, Jung, Keller, Koller Arnold, Kühne, Landolt, Nussbaumer, Oehler, Pini, Ruckstuhl, Schmidhalter, Segmüller, Seiler, Stamm Judith, Steiner, Wick, Ziegler (31)

Columberg: Gestern haben Sie den Wortlaut meiner Dringlichen Interpellation erhalten. Wie Sie daraus ersehen, geht es um zusätzliche Bundesbeiträge für die Behebung der Schäden, die durch die grossen Lawenniedergänge entstanden sind. Ich möchte diese Begehren wie folgt begründen:

Im Februar wurden verschiedene Gebiete, insbesondere im Wallis, Tessin, Uri und Graubünden, von grossen Schneefällen heimgesucht, die zu riesigen Lawenniedergängen führten. In einigen Orten haben diese aussergewöhnliche Dimensionen angenommen. Zum Teil wurden Siedlungen gefährdet, die bisher als sicher galten. Diese Lawenniedergänge haben einige Menschen das Leben gekostet und gewaltige Zerstörungen angerichtet. Unter anderem wurden Verbauungswerke beschädigt, Schutzwälder zerstört, Strassen und Brücken unterbrochen und Gebäulichkeiten demoliert. Der Bund muss hier nun helfen, denn die Bergkantone und die Berggemeinden sind nicht in der Lage, die sehr aufwendigen Bauten zu finanzieren. Das ist auch ein Akt eidgenössischer Solidarität.

Zu diesen aussergewöhnlichen Schäden gesellt sich noch das Zeitproblem. Einige Schutzbauten müssen bereits in diesem Sommer, also noch vor dem Wintereinbruch, erstellt werden, sonst ist die Sicherheit in verschiedenen Siedlungen gefährdet. Vor allem ist auch zweifelhaft, ob die Verkehrsverbindungen gewährleistet sein werden.

Wir können nicht warten! Deshalb auch die Dringlichkeit dieses Vorstosses! Denn sonst gefährden wir das Leben und das Wohlergehen von Menschen in den betroffenen Gebieten.

Im Rahmen der Sparmassnahmen wurden in den letzten Jahren sowohl die Kredite als auch die Beitragssätze für Lawinnenverbauungen und für die Forstwirtschaft ganz erheblich gekürzt. Wir haben zwar immer vom Waldsterben gesprochen, aber dieses wichtige Gebiet etwas vergessen. So hat der Bundesrat am 12. Mai 1972 die Zusicherungskredite für forstliche Infrastrukturverbesserungen um 30 Prozent gegenüber den Jahren 1970 und 1971 gekürzt. Ferner haben die eidgenössischen Fiäte mit Wirkung ab 1. Januar 1978 die gesetzlich verankerten Beitragssätze um 6,25 Prozent für sämtliche forstliche Projekte reduziert. Schliesslich sei an die vorläufig bis Ende 1985 befristete lineare Kürzung der Zusicherung von Zahlungskrediten sowie der Beitragssätze auf alle forstlichen Projekte von 10 Prozent erinnert. Es geht hier um zwei Probleme: Einmal die drastische Herabsetzung des Beitragssatzes, und zudem um die Kürzung der Globalkredite. Eine erste Erleichterung wäre der Verzicht auf die lineare Kürzung für dringende Bauten. Der Bundesrat kann aufgrund der Härteklausel-Ausnahmen beschliessen; das ist in der Frage 2 enthalten. Ich bitte den Bundesrat, von dieser Härteklausel Gebrauch zu machen, d. h. zum mindesten für die dringenden Projekte diese lineare Kürzung nicht anzuwenden.

Die erwähnten Massnahmen haben eine drastische Einschränkung der gesamten Bundesleistungen bewirkt. Real

betragen heute die Beiträge nur noch 650 Prozent derjenigen von 1972. Diese Einschränkungen haben untragbare Folgen für den Schutz der Berggebiete.

Unter diesen Voraussetzungen wird es immer schwieriger, wenn nicht gar unmöglich, die Sicherheit zahlreicher Menschen in gefährdeten Siedlungen zu gewährleisten. Ein solches Verhalten steht auch im völligen Widerspruch zu den Bestrebungen des Bundes, die Berg- und Randregionen vermehrt zu fördern. Um einen geordneten Wirtschaftsablauf zu ermöglichen, müssen die entlegenen Talschaften auch über wintersichere und gut ausgebaute Verkehrswege verfügen.

Seit 1981 wurden überhaupt keine forstlichen Kredite für Schutzbauten an den Verkehrslinien mehr freigegeben. Aufgrund des revidierten Artikels 36ter der Bundesverfassung ständen zwar heute die Einnahmen aus dem Reinertrag des Treibstoffzollens für solche Verbauungen zur Verfügung. Leider wurden diese Mittel aber noch nicht freigegeben.

In Anbetracht der Notwendigkeit, diese Schutzbauten sofort zu erstellen, ersuche ich den Bundesrat, die vorhandenen Mittel, die für solche Bauten zur Verfügung stehen, auch tatsächlich freizugeben.

Die geschilderten Zerstörungen haben gezeigt, dass erhöhte Forstkredite und auch grössere Beitragssätze dringend notwendig sind. Die meisten Berggemeinden sind nicht in der Lage, die erheblich gestiegenen Restkosten zu tragen. Durch die ständigen Kürzungen haben sich die notwendigen Eigenleistungen der Gemeinden bis verfünffacht. Wenn die bedrohten Siedlungen nicht einer unverantwortlichen Lebensgefahr ausgesetzt werden sollen, müssen unverzüglich entscheidende Korrekturen erfolgen.

Der Bundesrat wird deshalb ersucht, alle Massnahmen, die die Bevölkerung vor Lawenniedergängen schützen, zu fördern und die notwendigen Mittel für die Behebung der Schäden von Katastrophenfällen im Dringlichkeitsverfahren zu bewilligen.

Ich kann Ihnen versichern, Herr Bundesrat Egli, die Bergkantone und die Bevölkerung der bedrohten Gebiete sind Ihnen für diese Hilfe sehr dankbar.

Bundesrat Egli: Der Bundesrat hat mit grosser Anteilnahme von der Not und dem Unglück Kenntnis genommen, die über viele Orte unserer Berggegenden mit den Lawenniedergängen des letzten Winters gekommen sind. Ich habe persönlich einige dieser Orte kurz nach dem Niedergang der Lawinen aufgesucht, um die Wirkung der Lawinnenverbauungen bzw. das Schadenausmass bei nicht vorhandenen Anlagen selbst feststellen zu können. Ich möchte diese Anteilnahme des Bundesrates auch hier den betreffenden Kantonen und den betreffenden Familien nochmals aussprechen. Ich gebe Ihnen, Herr Columberg, die Antwort des Bundesrates auf Ihre Interpellation wie folgt bekannt:

Zur Frage 1: Die finanziellen Mittel für die Wiederherstellungsarbeiten und die Ergänzungen der notwendigen Verbauungen, welche infolge der ausserordentlichen Lawenniedergänge vom Februar 1984 nötig werden, sind im jetzigen Zeitpunkt noch nicht erfassbar. Mit der eigentlichen Projektierung kann frühestens im Mai/Juni 1984 im Gelände begonnen werden. Die Ausführung der Projekte wird einige Jahre in Anspruch nehmen. Die allenfalls für 1984 notwendigen Bundesmittel werden nicht den Budgetkrediten entnommen werden können. Sie müssen also über Nachtragskredite im Herbst 1984, wenn ihr Ausmass bekannt sein wird, anbegehrt werden. Da es um die Sicherheit der Bevölkerung geht, wird diesem Kreditbegehren erste Dringlichkeit zukommen.

Zur Frage 2: In der Finanzplanung 1985 bis 1987 ist eine laufende Erhöhung der Kredite für Lawinnenverbauungen und Aufforstungen von 24,2 Millionen im Jahre 1984 auf 35,6 Millionen Franken im Jahr 1987 vorgesehen. Das Parlament hat zwar die Weiterführung der linearen Kürzungen bis 1985 beschlossen; im Rahmen des Anschlussprogrammes ab 1986 ist aber vorgesehen, die lineare Kürzung fallen zu lassen und durch gezielte Massnahmen zu ersetzen. Sie-

werden vor allem dem Berggebiet eine spürbare Entlastung bringen.

Zur Frage 3: Die Revision der eidgenössischen Forstgesetzgebung ist für die laufende Legislaturperiode geplant. Die Subventionsnormen – auch jene für die Aufforstungen und Lawinerverbauungen – werden in diesem Rahmen überprüft.

Zur Frage 4: Aus dem Reinertrag des Treibstoffzolles sollen in Zukunft auch Mittel für die Finanzierung von Schutzbauten zugunsten von Strassen zur Verfügung stehen. Die entsprechende Vorlage ist vom Bundesrat soeben zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedet worden. Vor ihrer Inkraftsetzung, frühestens am 1. Januar 1987, können aber zur Finanzierung von Schutzbauten an Strassen keine Treibstoffzollmittel freigegeben werden.

Zur letzten Frage 5: Das Bundesamt für Forstwesen, das mit der Prüfung der Lawinerverbauungsprojekte betraut ist, bemüht sich um eine rasche und zweckmässige Behandlung der Projektgesuche. In dringenden Fällen werden unter Vorbehalt der Projektgenehmigung vorzeitige Baubewilligungen erteilt, sofern es die zeitlichen Verhältnisse verlangen. Die aufgrund der aussergewöhnlichen Lawinensituation 1984 dringenden Projekte werden auf diese Art und Weise behandelt.

Columberg: Ich danke Ihnen, Herr Bundesrat Egli, und dem gesamten Bundesrat, für die Anteilnahme und für die Zusicherungen. Mit der Beantwortung der Fragen 1, 3 und 5 bin ich sehr zufrieden, mit der Beantwortung der Fragen 2 und 4 teilweise.

82.405

Mozione (Bacciarini)-Pini

Italianisch als obligatorisches Maturitätsfach

Enseignement obligatoire de l'italien pour la maturité

L'italiano materia obbligatoria di maturità

Wortlaut der Motion vom 10. Juni 1982

Der Bundesrat wird eingeladen, durch eine Änderung der Maturitäts-Anerkennungsverordnung (MAV) Italienisch für alle Schweizer Gymnasiasten als Pflichtfach einzuführen.

Texte de la motion du 10 juin 1982

Le Conseil fédéral est invité à modifier l'ORM de telle sorte que l'italien devienne une langue obligatoire dans tous les gymnases suisses.

Testo della mozione del 10 giugno 1982

Il Consiglio federale è invitato a modificare l'ORM in modo da introdurre l'italiano quale lingua obbligatoria per tutti i liceali svizzeri.

Mitunterzeichner – Cosignataires – Cofirmatari: Akeret, Aubry, Barchi, Brélaz, Carobbio, Cevey, Christinat, Columberg, Cotti Gianfranco, Delamuraz, Eng, Girard, Gloor, Günter, Jelmini, Kohler Raoul, Loetscher, Meier Kaspar, Morel, Muheim, Nauer, Petitpierre, Pini, Ribbi, Robbiani, Schmid, Vannay, Wyss (28)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit Motivazione scritta

Nella sua risposta alla mia interpellanza 81.482 del 29 settembre 1981, il Consiglio federale afferma:

«La questione se l'italiano debba essere dichiarato materia obbligatoria per tutti gli studenti dei licei svizzeri è già stata

discussa più volte in passato, segnatamente quando venne introdotta la maturità D (lingue moderne).

L'idea ha sempre incontrato forte opposizione negli ambienti interessati, non da ultimo a causa dell'indiscussa preminenza dell'inglese nella vita odierna. La fondatezza delle esigenze dell'italianità è stata tuttavia riconosciuta in quanto tutte le scuole che portano al conseguimento di una maturità B, C ed E debbono fornire un insegnamento d'italiano come materia opzionale o facoltativa, mentre le scuole che hanno un programma di maturità del tipo D debbono offrire pari possibilità di studiare l'italiano o l'inglese.

Sia infine ricordato che, secondo quanto risulta da un'inchiesta condotta dal Centro svizzero di documentazione nel settore dell'insegnamento e dell'educazione, le scuole normali offrono oggi maggiori possibilità che non in passato di studiare l'italiano.

La riforma dei nostri licei è oggetto presentemente di ampie discussioni, e si parla pure di una revisione dell'Ordinanza federale sul riconoscimento dei certificati di maturità. Il riesame di tale ordinanza comprenderà anche quello dello spazio riservato alla lingua italiana.»

Due affermazioni di questa risposta mi preme sottolineare e riprendere:

1. il riconoscimento della fondatezza dell'esigenza dell'italianità;
2. l'opposizione determinata dall'indiscussa preminenza della lingua inglese nella vita odierna.

Per quanto concerne l'esigenza riconosciuta della tutela dell'italianità, ribadisco qui il concetto già sviluppato nella mia interpellanza dell'assoluta necessità, nello spirito federalistico e costituzionale, di usare tutti i mezzi idonei a permettere la diffusione dell'italiano in tutta la Svizzera.

Molti argomenti potrebbero essere portati a sostegno di questa tesi. Mi limiterò ad accennarne quattro:

1. l'opinione di 1032 reclute agli esami pedagogici del 1981;
2. l'opinione di quattro professori universitari;
3. i dati di una inchiesta che confermano, purtroppo, il poco interesse riservato dagli studenti svizzeri all'italiano in quanto materia opzionale;
4. la Raccomandazione del Consiglio d'Europa che insiste sull'aspetto politico di comunicazione e quindi di coesione europea (nel nostro caso nazionale) del plurilinguismo.

1. I 1032 giovani Svizzeri che hanno partecipato agli esami pedagogici nel 1981 hanno formulato le rivendicazioni che ritengono opportune per rafforzare le minoranze linguistiche. Fra queste:

- la conoscenza dell'italiano da parte dei confederati;
- il potenziamento dell'insegnamento dell'italiano oltre San Gottardo;
- la priorità dell'italiano come lingua nazionale, rispetto all'inglese.

2. Anche le opinioni di uomini di cultura mi sembrano importanti. Il prof. Angelo Rossi del Politecnico federale ha più volte affermato in pubblico che ritiene opportuna l'introduzione dell'italiano quale lingua obbligatoria di maturità federale. Ottavio Lurati, professore all'Università di Basilea, nella relazione dal titolo «La posizione dell'italiano nell'ambito della Svizzera francese o tedesca», tenuta il 20 marzo 1982 al Convegno organizzato dal Centro di studi italiani in Svizzera a Zurigo su «L'italiano in Svizzera», si è occupato dell'insegnamento dell'italiano. Se le cose vanno bene a livello universitario (e infatti la lingua italiana è ben difesa nelle nostre università e il contributo di parecchi ticinesi che vi insegnano è cospicuo), diversa è la musica nel settore medio. L'italiano è perdente in concorrenza con l'inglese, non solo, ma si delinea anche il pericolo che venga concorrenziato dallo spagnolo e perfino dal russo.

Questi sono argomenti sostenuti non solo dal prof. Lurati, ma anche da Remo Fasani, professore all'Università di Neuchâtel (cfr. «La Svizzera plurilingue», ed. Cenobio, 1982). Così scrive, a mio avviso ironicamente, Fasani: «Per questo propongo di ritornare alla prima concezione del nostro

Dringliche Interpellation Columberg Lawinenverbauungen. Zusätzliche Bundesbeiträge

Interpellation urgente Columberg Ouvrages paravalanches. Subsidés fédéraux supplémentaires

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1984
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	84.312
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.03.1984 - 08:00
Date	
Data	
Seite	307-309
Page	
Pagina	
Ref. No	20 012 263

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.